

Dr. Rainer Metz
FWG-Fraktionsvorsitzender

Sitzung des Stadtrates am 9. Februar 2009: Haushaltsrede

Der vorgelegte Haushalt ist der erste Haushalt im Rahmen der Doppik. Die hohen Erwartungen nach mehr Transparenz haben sich in keinster Weise erfüllt. Trotz enormer Kosten und vieler Anstrengungen der städtischen Mitarbeiter, dies wird ausdrücklich honoriert, ist eigentlich die Kontrollfunktion durch den Rat stark eingeschränkt. In Sammelpositionen werden Millionenbeträge zusammengefasst, ohne dass eine entsprechende Aufschlüsselung erfolgt. So wären beispielsweise die Kosten für eine Feier zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde im Gegensatz zur Vergangenheit nicht mehr erkennbar. Selbst wenn der Umfang des Haushaltes sich dadurch erheblich vergrößert, sollten diese Zahlen wieder aufgenommen werden. Auch ist eine Vergleichbarkeit mit den Zahlen des Vorjahres nicht gegeben. Zum vollständigen doppelischen Vergleich fehlt auch eine Eröffnungsbilanz, die wohl gleichzeitig eine Schlussbilanz der ersten Amtsperiode von Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse gewesen wäre. Dies hätte aber nur eine Konkursbilanz sein können. Wie will man aber im doppelischen Bereich eine „Ergebnisplanung“ vornehmen, wenn man keine Veränderungen gegenüber der vorhergegangene Bilanz kennt, die sich auf den Ergebnisplan auswirken. Bisher sind weder die absolute Höhe des Anlagevermögens noch des Eigenkapitals bekannt.

Andere Kommunen haben rechtzeitig Probabilanzen und ihre Eröffnungsbilanzen aufgestellt. Dies ist kein Vorwurf gegenüber den städtischen Mitarbeitern, die mit viel

Engagement es überhaupt erst ermöglicht haben, diesen Haushalt aufzustellen, aber es stellt sich die Frage, ob die Planungen ausreichend waren.

Der letzte Haushalt vor einer anstehenden Kommunalwahl wird traditionell auch zu einem Rückblick auf die zu Ende gehende Legislaturperiode genutzt. Da wir in diesem Jahr aber gleichzeitig eine OB-Wahl haben, was bei voller Einhaltung der Amtszeit von 8 Jahren nur alle 40 Jahre vorkommt, gilt es heute auch auf die sieben Jahre Amtszeit von Oberbürgermeisterin Dr. Lohse einen kritischen Blick zu werfen. In Ihrer ersten Haushaltsrede im Januar 2002 kamen Sie zu folgender Einschätzung: „Meine Vorgänger haben das Geld mit beiden Händen ausgegeben.“ Damals – also Ende 2001 – betrugen die Altfehlbeträge rund 142 Mio. Euro. Noch ein Jahr davor, also im Jahr 2000, damals waren wir, die FWG – wie Sie alle sicher noch in Erinnerung haben - in einer Dreierkoalition mit CDU und den Grünen in der Verantwortung, war letztmals ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt worden, und auch zum letzten Mal wurden sogar Altfehlbeträge abgetragen, damals von 65 auf 63 Mio. Euro. Ab Mai, also nach Ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin, kam die Große Koalition. Von da an ging's mit den Finanzen unserer Stadt nur noch bergab. Nun sind, dies lehrt die Geschichte, die ersten Jahre eines Jahrzehnts schon immer finanziell schwierige Zeiten gewesen. Dies bestätigt ein Blick auf die Entwicklung der Fehlbeträge ebenso wie auf die Tabelle zur Entwicklung der Gewerbesteuer. In der 2.Hälfte eines jeden Jahrzehnts zeigten sich dann aber wieder positivere Entwicklungen, insbesondere durch den Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen. So hatten wir 1983 mit 72 Mio., 1993 mit 92 Mio. und 2003 mit 88 Mio. Euro jeweils Tiefpunkte, während wir 1988 mit 145 und auch 1998 mit 206 Mio. Euro eine deutlich verbesserte Einnahmesituation

hatten. Auch die Jahre 2005 und 2006 können mit 157 bzw. 165 Mio. Euro als Beleg für diese Einschätzung gelten. Aber im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten konnte weder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden, noch konnten Fehlbeträge abgebaut werden, vielmehr wurde immer noch obendrauf gesattelt. In Ihren sieben Jahren Amtszeit haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin, so zusätzliche 347 Mio. Euro angehäuft. Insgesamt beträgt der Schuldenberg allein aus Altfehlbeträgen heute rund 488 Mio. Euro. Die Zinslast daraus ist erdrückend. Selbst bei niedrigen Kassenkreditzinsen von 3,5 % bedeuten dies schon rund 17 Mio. Euro Zinsen alljährlich allein aus den Altschulden, ohne die Investitionszinsen. Wie, so frage ich Sie heute, Frau Oberbürgermeisterin, werten Sie vor diesem Hintergrund Ihre 2002 getroffene Aussage: „Meine Vorgänger haben das Geld mit beiden Händen ausgegeben!“ Wie viele Hände waren denn zusätzlich notwendig, um einen solchen Schuldenberg aufzutürmen. Im Schnitt kamen in allen sieben Jahren Ihrer Amtszeit pro Jahr 50 Mio. Euro an neuen Schulden dazu. Wie lautete dieser Tage eine Überschrift in der Rheinpfalz: „Eine Firma Ludwigshafen wäre schon längst pleite.“ Auch deshalb trifft meine eingangs getroffene Feststellung zu, dass eine „Eröffnungsbilanz“ zugleich eine Konkursbilanz geworden wäre. Wie falsch gerade auch von der CDU die jüngste Vergangenheit eingeschätzt wird, zeigt sich an der Äußerung des Baudezernenten Merkel. Bei seiner Inthronisierungsrede zum CDU-Kreisvorsitzenden im September 2008 stellte er fest: „Das Erbe von über 50 Jahren SPD-Verantwortung in Ludwigshafen sei (u.a.).....ein Riesen-Schuldenberg.“ Hier muss man schon durch die Parteibrille blicken, um angesichts der oben genannten Zahlen zu so einer Einschätzung zu kommen. Als Sie Herr Merkel 2002 auch mit unserer Unterstützung ins Amt kamen, betrug die Fehlbeträge gerade mal 65

Mio. Euro. Mit den netto in 2009 prognostizierten rund 75 Mio. Euro neuen Schulden liegen wir dann um ein Zehnfaches höher als 2002. Bis heute haben Sie Ihre Fehleinschätzung nicht öffentlich korrigiert. Aber ich stehe nicht hier, um Ihren Koalitionspartner vor Ihnen in Schutz zu nehmen. Aber was nun einmal falsch ist muss auch als solches deklariert werden, auch deshalb. Weil wir von Herbst 1999 bis März 2001 in der Mitverantwortung waren. Bei diesem Katastrophenszenario möchte ich aber nicht verhehlen, dass auch die mangelnde Finanzausstattung und die zusätzlichen Aufgabenübertragungen durch Land und Bund eine große Rolle spielen. Obwohl die Stadt quasi bankrott ist, müssen über 31 Millionen an Gewerbesteuerumlage, Umlage Finanzausgleich und für den Fond Deutsche Einheit mit Krediten aufgebracht werden. Natürlich sind hier dringend Änderungen erforderlich, allein schon um die Infrastruktur in der Industriestadt Ludwigshafen dauerhaft zu erhalten, denn davon profitiert auch das gesamte Umland. Wenn man sich vor Augen führt, dass wir aktuell mit nur 120 Mio. Euro Gewerbesteuer rechnen, dann bewegen wir uns fast auf dem Niveau von 1984, damals waren es 113 Mio. Euro. Selbst wenn man berücksichtigt, dass zu jener Zeit noch die Gewerbekapitalsteuer dabei war und deren Wegfall auch nur annähernd durch die Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer ausgeglichen worden wären, was der Kämmerer bestreitet, kann sich jeder unschwer vorstellen, dass man 25 Jahre später mit so geringen Einnahmen aus der für unsere Stadt wichtigsten Geldquelle nicht vernünftig über die Runden kommen kann. In unserer Monopolstruktur deshalb nach einer Erhöhung des Gewerbesteuersatzes zu rufen, sehen auch wir als den falschen Weg, weil der weitaus größte Steuerzahler seine Bilanz danach ausrichten kann. Aber wenn bilaterale Gespräche nicht fruchten, sollten wir einmal überlegen, ob wir hier im Rat nicht nur Appelle an

die örtlichen Abgeordneten beschließen, sondern auch mal einen Appell an den Vorstand der BASF. Etwa in Anlehnung an den legendären Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter: "Vorstandsmitglieder der BASF schaut auf diese Stadt!" Eine Gewerbesteuererhöhung würde daher vepuffen und nur die kleinen Betriebe in wirtschaftlich schweren Zeiten treffen.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen möchte nun auf einige Details zu sprechen kommen.

Trotz der äußerst knappen Finanzmittel sind im Bereich der Kultur erhebliche Gelder ausgegeben worden. Wir waren gegen den Umfang der Sanierung des Pfalzbaus mit über 32 Millionen Euro Kosten. Da die Stadt eigentlich pleite ist, waren wir für die notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Brandschutzmaßnahmen - dies waren wohl etwa 11 Millionen Euro. Durch Ballett- und Tourneetheater und einer gleichzeitigen Zusammenarbeit der Theater in der Metropolregion hätte immer noch ein hochwertiges Theaterangebot erfolgen können. Diese Meinung hat im Übrigen auch der "Mister Metropolregion", der damals stellvertretende BASF Vorstand Egghart Voscherau vertreten.

Schon im Dezember 2007 hat der Stadtrat mit Wirkung für die Folgejahre eine Erhöhung der Mittel für das Theater um 200.000 Euro beschlossen. Interessanterweise war wohl erneut der Etat für die Theaterfestspiele überschritten worden. Wundersamer Weise hat ein Spender, die nicht genannt werden will, kurzfristig 150.000 Euro zur Verfügung gestellt. Wir fragen uns noch heute, warum jemand dem Theater eine solche Summe zur Verfügung stellt und für seine gute Tat nicht genannt werden möchte. Wir gönnen dem Intendanten Prof. Heyme alle Aufführungen und

möchten auch nicht an der künstlerischen Freiheit rütteln. Aber es muss dennoch angesichts der Finanzkatastrophe hinterfragt werden, ob wir wirklich die Aufführung antiker Stücke in fremden Sprachen für hohe Kosten noch finanzieren können. Herr Heyme hat selbst in einem Rheinpfalz-Interview geäußert, um diese Stücke verstehen zu können, müsse vorausgesetzt werden, dass die Besucher noch in der Lage sind, einen Satz von Elias Canetti zu verstehen. Wir halten dies für übertrieben. Angesichts der guten Arbeit der Mitarbeiter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit halten wir es auch nicht für sinnvoll, weitere Agenturen für die Betreuung der Theaterfestspiele zu bezahlen. Aus diesem Grund sind wir für die Rücknahme der im vorigen Jahr beschlossenen Erhöhung um 200.000 Euro.

Verselbständigt haben sich wohl auch die 100.000 Euro jährliche Förderung des Filmfestivals. Ich erinnere noch einmal daran, dass Festspielleiter Dr. Kötz im Kulturausschuss ausdrücklich betonte, das Festival sei zur Zeit nicht finanziell gefährdet; aber für den Fall, dass sich im Vorstand der BASF, dem heutigen Hauptsponsor, Veränderungen ergeben würden, dort also ein Umdenken käme, anderweitige finanzielle Hilfe notwendig wäre. Auch ohne die städtische Förderung war und bleibt das Festival eine hervorragende Veranstaltung. Wir waren uns alle einig, dass auch das Land als Geldgeber zur Verfügung stehen sollte. Bisher vergeblich – das Land lehnt zur Zeit noch ab. Dies hindert Dr. Kötz aber nicht daran, bei der letztjährigen Eröffnung des Festivals dem anwesenden Mainzer Staatssekretär zu erklären, das Festival sei ohne die Unterstützung des Landes gefährdet. Also auch mit unseren 100.000 Euro konnte die Gefährdung angeblich nicht beseitigt werden, geht es nach Dr. Kötz.

Auch der Erwerb von weiteren Kunstgegenständen in Höhe von 32.000 Euro durch das Hack-Museum ist in diesen Zeiten wohl mehr als kritisch zu hinterfragen. Hier sollte ein selbstständiges Kulturmanagement entscheiden, ob nicht Werke, die im Keller eingelagert sind, veräußert werden können und nur mit diesem Erlös sollten dann Neueinkäufe getätigt werden. Unabhängig vom lobenswerten Engagement des Förderkreises. Das Land Baden-Württemberg hat dies seinen Museen freigestellt.

Positiv bewertet wird auch weiterhin von uns die Vögele-Ansiedlung. Allerdings entstehen hier keine neuen Arbeitsplätze, wie stets behauptet, sondern es erfolgt nur eine Verlagerung innerhalb der Metropolregion. Dass die Arbeitsplätze in der Region bleiben, ist aber ungemein wichtig. Ein für uns aber ganz entscheidender und kritischer Punkt bleibt nach wie vor die Verkehrsanbindung, die im Interesse der Anwohner über die B 9 hätte erfolgen müssen. Auch das Wirtschaftsministerium schließt, so eine Antwort auf unsere Anfrage, nicht aus, dass dies in absehbarer Zeit noch kommen könnte. Dann aber wird es viel teurer werden, weil das Werk nun nach Osten statt nach Westen zur B9 hin ausgerichtet wird.

Skeptisch betrachten wir weiterhin das neue Zollhof-Einkaufscenter, die Rheingalerie. Selbst das von der Verwaltung in Auftrag gegebene Gutachten prognostiziert einen Umsatzrückgang in der Innenstadt im zweistelligen Prozentbereich, dem Rathauscenter sogar konkret einen Umsatzrückgang um bis zu 20 Prozent. Trifft dies tatsächlich so ein, gehen in der City auch noch die letzten Lichter aus. Nun befindet sich das Center aber im Bau, weshalb auch wir nun im Interesse unserer City hoffen, dass die Gutachter sich irren und die restliche Geschäftswelt vom Center profitiert und einen dringend notwendigen

Aufschwung erlebt. Wir hätten gerne, wie es auch Baudezernent Merkel noch wenige Wochen vor dem Auftreten des ersten "Investors" favorisierte, damals schloss er weiteren Einzelhandel auf dem Gelände aus, eine Freizeitnutzung des Geländes beispielsweise durch ein Freizeitbad gesehen. Doch wenn schon ein Einkaufscenter auf dem Zollhof, dann hätte es zwischen Bahnhof- und Kaiser-Wilhelm-Straße platziert werden müssen. Dies wäre die weitaus bessere Anbindung an die City gewesen und man hätte das Center von zwei Seiten her begehen können. An der jetzigen Stelle muss man 250 Meter bis zum nördlichsten Geschäft zurücklegen und die gleiche Stelle – dann hoffentlich voll bepackt – wieder zurückgehen.

Unterstützt werden von uns auch die Pläne im Kindergartenbereich, obwohl hier durch Beschlüsse des Bundes und des Landes wieder erhebliche Kosten von der Stadt zusätzlich übernommen werden müssen. Wir haben hier schon immer - was anfangs hier belächelt wurde - ein prinzipielles Umdenken gefordert. Ich erinnere gerne an die Reaktionen von Seiten der SPD- und CDU-Fraktion in diesem Hause, als wir 2005 die Beitragsfreiheit der Kindergärten forderten. Utopisch, weil unbezahlbar lauteten die Kommentare der Herren Küppers und Jöckel. Dann preschte Kurt Beck, den wir auch angeschrieben hatten, im Vorfeld der Landtagswahl 2006 vor mit dem Versprechen, das 3. Jahr ab 2007 und alle drei Kita-Jahre bis 2010 beitragsfrei zu machen. Die Antwort von CDU-Spitzenkandidat Böhr kam prompt: Generelle Beitragsfreiheit für die Kitas schon ab 2007. Als CDU-Landtagskandidat sind Sie dann Herr Jöckel, obwohl Sie es kurz zuvor noch lächerlich machen wollten, mit diesem Böhr-Programm auf Stimmenfang gegangen. Das ist die Politik, die die Wählerinnen und Wähler mit Wahlverweigerung quittieren. Der Integrationsgipfel letzte

Woche hat doch erneut gezeigt, dass wir mit der Bildung früher als erst in der Grundschule beginnen müssen. Dann aber müssen wir den Kindergartenbesuch verpflichtend machen und nur noch über Ausnahmen entscheiden, was wiederum Beitragsfreiheit notwendig macht. Nun, hier sind wir ja inzwischen alle auf dem richtigen Weg. Wir gehen hier aber noch einen Schritt weiter und setzen uns für die Umwandlung der Kindergärten in Vorschulen ein, wie es sie in den europäischen Nachbarländern schon lange gibt. Dies erfordert dann aber auch eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen und die Personalkostenübernahme wie in den Schulen durch das Land. Da über 57 Prozent der Neugeborenen in unserer Stadt einen Migrationshintergrund haben, stellt sich im Bereich Migration eine entscheidende Zukunftsfrage. Ein wichtiges Ergebnis des Integrationsgipfels der letzten Woche war der Hinweis der Migrationsbeauftragten, Staatsministerin Prof. Böhmer, dass genügend Mittel für die Elternarbeit zur Verfügung stehen. Wie auch von anwesenden Referenten bestätigt wurde, liegt hier vieles noch im Argen. Dabei liegt gerade hier ein Ansatzpunkt um die Migranten aus den bestehenden Parallelgesellschaften zu integrieren. Ein kleines Beispiel zeigt dies: Die Bundesjugendspiele in einer Ludwigshafener Grundschule wurden von Lehrern und deutschen, italienischen, spanischen und anderen ausländischen Eltern gemeinsam organisiert. Die türkischen Mütter trafen dagegen gemeinsam ein und veranstalteten ein separates Picknick für sich. Hier muss erreicht werden, dass aus einem Nebeneinander ein Miteinander wird. Wir treten deshalb dafür ein, dass hier die angebotenen Gelder abgerufen werden und spezielle Programme eingesetzt werden. Notfalls sollten Deutschkurse auch für die Eltern zur Pflicht werden, denn wer hier seine Kinder aufwachsen lassen will, muss auch die Sprache beherrschen um sich integrieren zu können.

Wir begrüßen auch, dass das Angebot an Ganztagschulen zielstrebig ausgeweitet wird; ebenso die Bemühungen um eine weitere Gesamtschule. Dabei bietet sich das Schulzentrum in Edigheim an. Wir sind überzeugt, dass es in den nördlichen Stadtteilen genügend Interesse an dieser Schulform gibt. Die hohen Anmeldezahlen an den bereits bestehenden Gesamtschulen zeigen überdeutlich die Notwendigkeit für eine weitere Gesamtschule. An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal meine Freude darüber ausdrücken, dass es letztlich mit viel Engagement von Eltern, Lehrern und Schülern – unterstützt von Teilen der Opposition dieses Hauses, darunter auch meine Fraktion, gegen anfänglichen Widerstand der Großen Koalition gelungen ist, die Oberstufe an der IGS Gartenstadt durchzusetzen.

Heute wird auch das Konjunkturprogramm II beschlossen. Problematisch erscheint uns dabei lediglich die weitere Schuldenerhöhung, da der städtische Eigenanteil wiederum durch neue Kredite finanziert werden muss. Da es sich jedoch nicht um Konsumausgaben handelt, sondern um sinnvolle Investitionen, können wir hier zustimmen. In diesem Zusammenhang soll auch die Sanierung des Willersinnbades erfolgen.

Damit sind wir wieder einmal bei der Bäderfrage. Ich will hier nicht schon wieder auf die Qualität des städtischen Angebots eingehen, sondern die Rentabilität in den Blickpunkt rücken. Wir zahlen als Zuschuss für den Unterhalt des Willersinnfreibades (nur vier Monate im Jahr geöffnet) und der beiden Bäder Oggersheim (nur 21 Stunden pro Woche für die Öffentlichkeit zugänglich) und Süd gut 2 Millionen Euro jährlich ohne Abschreibung. Das "Aquabella" in Mutterstadt kann vom Kreis und den beiden

Ortsgemeinden mit einem jährlichen Zuschuss von 325 000 Euro betrieben werden. Ich habe mich auch schon mit dem Bäderdezernenten des Kreises, Herrn Elster, unterhalten. Er ist sehr froh über die Bäderpolitik der Stadt, denn die Kreisbäder verdienen ihr Geld mit den Saunen, die auch sehr stark – wie z.B. das Aquabella - von Städtern genutzt werden. Nichts ist teurer als reine Schwimmbäder ohne Wellnesslandschaft, wie in Ludwigshafen und dazu noch ohne Kombibadbetrieb, sprich Hallenbad und Freibad kombiniert. Nicht zuletzt aus diesen Gründen hat uns auch das Innenministerium mitgeteilt, dass aus betriebswirtschaftlichen Gründen der Betrieb von Kombibädern vorrangig gefördert wird. Das Beispiel Speyer belegt dies eindrucksvoll. Hier wurde für 10 Millionen Eigenanteil, vier Millionen gab das Land dazu, ein Freibad zum Kombibad umgebaut, das von den Bürgern mit Begeisterung angenommen wird. Das alte Hallenbad wurde geschlossen. Will Ludwigshafen dauerhaft noch Bäder betreiben, wird aus wirtschaftlichen Gründen ein solches Kombibad kommen müssen. Angesichts der jetzt anstehenden Sanierung des Willersinnbades bitten wir um Prüfung, ob ggf. auch mit Hilfe von privaten Investoren, die ja schon einmal auf der Matte standen, und in Zusammenarbeit mit dem Land ein solches Kombibad verwirklicht werden könnte. Viele Bürger verstehen nicht, warum Millionen Euro in den Pfalzbau und das Hack-Museum gesteckt werden, das Film- und das Theaterfestival mit zusätzlichen Geldern im sechsstelligen Bereich subventioniert werden, während sie Bäder im Umland besuchen müssen, weil es kein entsprechendes Angebot in Ludwigshafen gibt. Auch der Bäderbereich ist ein wichtiger weicher Standortvorteil.

Problematisch sehen wir auch weiterhin die vom Verkehrsterminal ausgehenden Belastungen für die

Anwohner. So lobenswert die Bemühungen der Oberbürgermeisterin zur Verbesserung des Lärmschutzes auch einzuschätzen sind, es bleiben darüber hinaus noch weitere Fragen offen. Zum Beispiel die Erschütterungen, die von den Zügen ausgehen und nicht zuletzt, das darf doch nicht vergessen werden, die Tatsache, dass Gefahrguttransporte quasi – wie im Glockenloch - durch den Vorgarten rollen. Und unsere Sorge gilt nicht allein den Anwohnern im Zinkig, auch in Friesenheim und in der Notwende leiden viele unter diesen negativen Begleiterscheinungen. Hier sind zum Teil überhaupt noch keine Verbesserungen angedacht. Wir fordern deshalb erneut eine ganz neue Trasse, weg von jeder Wohnbebauung. Dies alleine hilft den betroffenen Menschen.

Angesichts der finanziellen Lage muss sparen Vorrang haben und die Politik Vorbildcharakter zeigen. Daher treten wir erneut für Kürzungen bei den Ausgaben für die Feier der 150jährigen Verleihung der Stadtrechte ein. Angesichts der Schulden ist eine große Feier nicht angezeigt, zumal bisher im Rahmen des Stadtfestes Sponsoren wie die BASF sich sehr großzügig gezeigt haben.

In diesem Zusammenhang treten wir auch für die Reduzierung der Aufwandsentschädigung für uns selbst, die Stadträte, und für die Fraktionen ein. Eine Kürzung wäre ein eindeutiges Signal an alle.

An das zukünftige Benchmarking werden hohe Erwartungen gestellt. 190.000 Euro hat es bisher gekostet. Wir fragen uns, warum auch nach 1 1/2 Jahren noch keine greifbaren Ergebnisse vorliegen. Wir sind gespannt, ob sich hier vor dem Wahltermin im Juni noch etwas tut und mit welchem Erfolg!

Da wir keine Chancen sehen auf Verwirklichung unserer Vorschläge sehen, verzichten wir auf eigene Anträge, lehnen aber aus den aufgeführten Gründen den Haushalt ab.

Ein Wort auch noch zu den städtischen Tochtergesellschaften. Dabei möchte ich nur auf die drei Großen Klinikum, GAG und TWL eingehen. Wir sind erfreut darüber, dass das Klinikum wieder schwarze Zahlen schreibt. Bleibt abzuwarten, ob der Erfolg nachhaltig ist. Wie wir noch aus 2004 wissen, wo die Bilanz des Jahres 2003 durch Stornierung von Rückstellungen, darunter auch von Pflichtrücklagen, vom Minus ins Plus geschrieben wurde, drücken Bilanzen nicht immer einen echten Erfolg aus. Bei der GAG haben wir etwas Sorgen, dass sich das Engagement immer weiter hin zur reinen Stadtentwicklungsgesellschaft – z.B. dem Bau von Villen auf der Parkinsel und am Rheinufer Süd - ausweitet und das Kerngeschäft, nämlich bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, immer mehr ins Hintertreffen gerät. Zu bedenken ist auch, dass die Stadt für die GAG erhebliche Bürgschaften geleistet hat, die hoffentlich nie fällig werden.

Schlechter sieht es für die TWL aus. Der bläst gerade kalter Wind in die Bilanzen. Rund 10 Mio. Euro Verlustvortrag weist der Beteiligungsbericht aus. Hier fragen wir, wie dies eigentlich möglich ist. Bis 2004 gab es keine Verlustvorträge, weil das aus der Übernahme der VBL-Verluste (durchschnittlich 17 Mio. Euro) resultierende Defizit der TWL meines Wissens immer von der Stadt durch Verrechnung mit der Konzessionsabgabe ausgeglichen wurde. Die Stadt erhält immerhin alle Jahre rund 9 Mio. Euro Konzessionsabgabe. Hier erwarten wir Antworten,

denn die TWL ist für unsere Stadt ein wichtiger Versorger. Und wir wollen, dass die TWL im Gegensatz zu anders lautenden Forderungen in diesem Hause in Eigenständigkeit weiter bestehen können. Dazu benötigt sie aber eine gute finanzielle Basis.

Im Dezember 2007 habe ich an gleicher Stelle geendet mit der Einschätzung, der Kämmerer vermittle angesichts der augenscheinlichen Ohnmacht gegenüber den immer weiter steigenden Schulden den Eindruck, er habe bereits resigniert. Damals wiesen Sie, Herr Zeiser, dies sofort von sich, schlossen dies aber wenig später gegenüber der Presse nicht mehr völlig aus. Heute glaube ich, glauben wir, die FWG-Ratsfraktion, dass Sie schon kapituliert haben. Wie sonst könnten Sie weitere Szenarien in Ihren Prognosen bis 2012 an die Wand malen, ohne auch nur den geringsten Ansatz für eine Trendwende aufzuzeigen. Bei der akuten Konjunkturkrise gilt doch auch der Grundsatz, dass Optimismus für die Bewältigung psychologisch ungemein wichtig ist. Diesen Optimismus vermissen wir schon seit geraumer Zeit bei Ihnen, Herr Zeiser. Leider!

Es gilt das gesprochene Wort !